



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Arif Taşdelen, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bürokratie in der Staatskanzlei abbauen
(Kap. 02 03 Tit. 526 12)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen) wird der Ansatz im Tit. 526 12 (Ausgaben für Moderner Staat und Bürokratieabbau) von 250,0 Tsd. Euro um 200,0 Tsd. Euro auf 50,0 Tsd. Euro gekürzt.

Begründung:

Der stets vom Ministerpräsidenten versprochene Bürokratieabbau blieb bisher ohne nennenswerten Erfolg. Die Bürokratie hat auch in Bayern stetig zugenommen. Der Landtag musste im Jahr 2024 sogar eine Enquete-Kommission zum Thema „Bürokratieabbau“ einsetzen.

Die hohen Ausgaben für Bürokratieabbau sind daher nicht zu rechtfertigen. Es wäre somit ein tatsächlicher Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Haushaltskonsolidierung, diese Mittel zu kürzen.